

**56. Regionalkonferenz  
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder  
am 25.-26.03.2026 in Berlin**

## **Beschluss**

### **TOP 4 Mehr Langstreckenverbindungen am BER und anderen ostdeutschen Luftverkehrsstandorten**

Um eine neue Wachstumsdynamik in Ostdeutschland zu entfalten, bedarf es einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur einschließlich guter und direkter Flugverbindungen in die globalen Wachstumsregionen. Insbesondere die fehlende Anbindung des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) mit Berlin als Bundeshauptstadt und Sitz verschiedener Verfassungsorgane ist im internationalen Vergleich untragbar. Die Anzahl der Langstreckenflüge von und zu ostdeutschen Flughäfen ist dringend auf ein westdeutsches Niveau zu erhöhen, sodass unnötige Umstiege an anderen europäischen und deutschen Flughäfen entbehrlich werden. In Ostdeutschland befindet sich zudem der zweitgrößte Cargo-Airport Leipzig/Halle (LEJ), weshalb es auch die Konnektivität im Segment der Luftfracht nachhaltig zu stärken gilt. Im Zentrum des größten Mikroelektronik-Clusters Europas gewinnt ferner der Flughafen Dresden (DRS) an Bedeutung. Ostdeutschland verfügt zudem über international bedeutende Kompetenzen in der Wartung und Instandhaltung modernster Flugzeugtriebwerke, die als integraler Bestandteil der Luftverkehrswirtschaft weiter gestärkt werden müssen. Vor diesem Hintergrund fassen die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen, dass der Bundeskanzler sich bei seiner Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate gegenüber einer Erweiterung von Start- und Landerechten am BER für interessierte internationale Carrier offen gezeigt hat. Sie fordern, dass die Genehmigung für Emirates schnellstmöglich erfolgt, um rechtzeitig vor der avisierten Aufnahme des Flugbetriebs zum Dezember 2026 Planungssicherheit zu gewährleisten. Dies ist ein wichtiger Baustein, damit der BER sein Potential im Personen- und Frachtverkehr

in Zukunft vollständig generieren und abrufen kann. Insbesondere hemmt eine Beschränkung der Start- und Landerechte auf einzelne Wochentage, wie sie derzeit im Raum steht, den Aufbau eines effektiven weltweiten Verbindungsnetzwerks.

2. Über die aktuelle Diskussion um den BER hinaus, ist aus Sicht der ostdeutschen Länder eine bedarfsgerechte und flexible Zuteilung von Verkehrsrechten ohne wettbewerbsverzerrende Restriktionen zur Steigerung der internationalen Konnektivität ostdeutscher Flughäfen notwendig. Insgesamt gilt es, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit die regulatorischen Hemmnisse und Standortkosten zu minimieren. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen die zum 1. Juli 2026 in Kraft tretende Reduzierung der Luftverkehrssteuer und bitten, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung für die 21. Legislaturperiode beabsichtigte generelle Reduzierung der luftverkehrsspezifischen Steuern, Gebühren und Abgaben ebenfalls schnellstmöglich umzusetzen. Außerdem ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im Frachtverkehr mit Drittstaaten anzustreben.
  
3. Bilaterale Luftverkehrsabkommen sollten generell dahingehend angepasst werden, dass einvernehmlichen Wünschen von Airlines und ostdeutschen Ländern nach weiteren Flugverbindungen stärker Rechnung getragen wird. Interessenten gegenüber sollte mehr Entgegenkommen gezeigt werden. Bestehende Verbindungen an etablierten Luftverkehrsstandorten dürfen nicht durch das aktive Verwehren von Langstreckenverbindungen in Ostdeutschland künstlich unter Protektion gestellt werden. Daher appellieren die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder an die gesamtdeutsche Verantwortung der Bundesregierung.